

Stand: 18.03.2025 08:25:11

Initiativen auf der Tagesordnung der 20. Sitzung des BI

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5481 vom 05.03.2025



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### Schulleitungen in Bayern wirksam entlasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Leitungen an Bayerns Schulen nachhaltig zu entlasten, um die physische und psychische Gesundheit der Rektorinnen und Rektoren zu schützen. Wirksame Maßnahmen sind:

- zusätzliche Stellen für Verwaltungskräfte an allen Schularten schaffen
- Schulleitungen noch weiter von Unterrichtsverpflichtung befreien und somit mehr Zeit für Leitungsaufgaben schaffen
- Bürokratie an Schulen abbauen und Verwaltungsaufgaben vereinfachen
- effektivere EDV-Systeme sowie professionellen EDV-Support einsetzen
- die erweiterte Schulleitung in allen Schularten ermöglichen

### Begründung:

Gesunde und leistungsfähige Schulleitungen und Lehrkräfte sind die Grundlage für erfolgreiche Bildung in Bayern. Doch gerade Schulleitungen arbeiten oft an der Grenze der Belastbarkeit. Wie eine Schriftliche Anfrage einer Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 19/4038) ergab, sind an den Grund- und Mittelschulen im Schuljahr 2022/2023 insgesamt 35,1 Prozent der Schulleitungen aufgrund von Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden. Das durchschnittliche Alter betrug 59,1 Jahre. Zwar ist der Eintritt in den Ruhestand aufgrund von Dienstunfähigkeit 2023/2024 auf 19,5 Prozent gesunken, besorgniserregend ist allerdings, dass sich das Durchschnittsalter erheblich auf 56,9 Jahre reduziert hat. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2013/2014 wurden lediglich 6,5 Prozent der Schulleitungen der Grund- und Mittelschulen wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern führte mit Hilfe der Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften eine Umfrage unter Rektorinnen und Rektoren an Bayerns Schulen zur psychosozialen Belastung am Arbeitsplatz durch, deren Ergebnisse im Januar veröffentlicht wurden. Demnach schleppen sich besonders Schulleitungen krank zur Arbeit, um die Aufgaben an der Schule erledigen zu können. Besonders auffällig ist dies an Grund- und Mittelschulen, wo der Lehrkräftemangel bisher am höchsten war. Hinzu kommt, dass es 70 Prozent der Schulleitungen aufgrund von fehlender Zeit nicht gelingt, Pausen zu machen oder diese einzuhalten. 80 Prozent der Befragten gaben an, dass ihr Arbeitstempo den gesamten Tag über massiv hoch sei.

Schulleitungen sind mit großen Herausforderungen wie etwa dem Lehrkräftemangel oder dem steigenden Förderbedarf von Schülerinnen und Schülern konfrontiert. Sie müssen daher entlastet werden, um sich wieder auf die Kernaufgaben, wie die pädagogische und organisatorische Weiterentwicklung der Schule konzentrieren zu können. Durch die Einführung der sogenannten erweiterten Schulleitung auf alle bayerischen Schularten kann eine nachhaltige Unterstützung der Rektorinnen und Rektoren erfolgen. Eine Entlastung führt zu einer höheren Qualität des Unterrichts und damit zu besseren Bildungsergebnissen für die Schülerinnen und Schüler. Durch die Tätigkeit als Schulleitung gerät bisweilen die Unterrichtsvorbereitung in den Hintergrund. Schulleitungen sind zudem oft mit einer Vielzahl von administrativen Aufgaben belastet, die sie von ihren eigentlichen Führungs- sowie von Unterrichtsaufgaben abhalten. Eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben verringert Stress und Burnout und sichert somit langfristig die Gesundheit und Leistungsfähigkeit von Lehrkräften mit Schulleitungsaufgaben. Entlastete Schulleitungen sind auch zufriedener und motivierter in ihrer Arbeit. Dies wirkt sich wiederum positiv auf das gesamte Schulklima aus und kann die Zusammenarbeit im Kollegium sowie das Engagement aller Lehrkräfte fördern. Durch späteren Eintritt in den Ruhestand wären Lehrkräfte länger im Dienst und würden auch dazu beitragen, den Lehrermangel abzumildern.